

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“
Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnement: Das mit Post nach Westpreußen bezogen frei ins Haus monatlich 140 Mark. Einzelheft: 12 Mark. Fernsprecher: 11 Mark. Anzeigenpreis: Für die erste Zeile eines jeden Raums 12 Mark, die folgenden 8 Mark. Kleinanzeigen: 5 Mark. Anzeigenpreis: Für die erste Zeile eines jeden Raums 12 Mark, die folgenden 8 Mark. Kleinanzeigen: 5 Mark.

Nr. 275.

Altensteig, Freitag den 24. November.

Jahrgang 1922

Das vollständige Reichskabinett.

Nun ist das Reichskabinett des Kanzlers Dr. Cuno fertig. Auch die zwei wichtigsten Ministerposten im Reichsministerium des Innern und im Auswärtigen Amt sind besetzt, dort durch den Demokraten Defser, hier durch den „jüngsten“ Diplomaten von Rosenbergs. Die Ernennung Defsers und Rosenbergs wird sogar in der sozialdemokratischen Presse als ein Plus gebucht, die den „üblichen Eindruck“ der ersten Liste, aus der man auf ein glattes Ministerium der Deutschen Volkspartei geschlossen hatte, um ein wenig milde. Freilich tritt auf dieser Seite auch gleich die Verärgerung über den Gang der Dinge in Erscheinung, und man nennt die Regierung nun eine solche „der Arbeitsgemeinschaft“, eine „Bürokratie“, weil sie am preussischen-norddeutschen Rüsttag vollends zustande kam und ein „Kabinett der Verlegenheit“, weil den bisher beamteten neuen Ministern ihre bisherigen Ämter auf vier Monate offen gehalten werden sollen. Ob das zutrifft, ist noch fraglich. Immerhin schließt man in der sozialdemokratischen Presse daraus, daß das neue Kabinett nicht länger als vier Monate bestehen werde und jetzt zugleich die Angriffe gegen den neuen Reichswirtschaftsminister Dr. Beder wegen seiner bisherigen Haltung zur Wirtschaftspolitik fort, denn man befürchtet eine „Schwenkung der Wirtschaftspolitik“. Tatsache ist, daß es geht aus den Stimmen des sozialdemokratischen Lagers hervor, daß man, nachdem man sich selbst aus der Regierung hinausgeholt hat, nicht recht weiß, was man tun soll. Denn die neue Regierung wird ihr Programm auf der Reparationsnote vom 13. November aufbauen, das die Sozialdemokratie mitunterzeichnet hat. So dürfte es schwer fallen, auf der Linken „nur“ Opposition zu treiben. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Köln gibt dies offen zu, wenn sie schreibt: „Wir gestehen offen, daß uns in der Lage, die uns die parlamentarisch-taktischen Wandler gebracht haben, nicht wohl ist. Mögen die politischen Kinder bei den Kommunisten darüber jubeln, daß sie es nun endlich zu einer „Stimmes-Regierung“ auch im Reich gebracht haben, und mögen sie nun täglich zu ihrem weiteren Ziele beten, daß auch die Deutschnationalen an die Regierung kommen, nur damit „Klarheit“ geschaffen wird und scheinradikale Phrasen in ihrem ganzen falschen Glanze erstrahlen können. Wir denken an politische Wirklichkeiten, von deren Gestaltung wir nicht gerne zurückgedrängt sein möchten.“

Es ist bezeichnend, daß man — entgegen den bisher üblichen Gebräuchen — noch nichts davon hört, ob der Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung auch Nachwirkungen für die Regierungen der Länder im Gefolge hat. Indes ist hier kaum etwas zu befürchten, denn in Preußen sitzen ja Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei schon seit Monaten in einer Regierung, während im Reich dieses angestrebt Zusammenarbeiten zur Regierungskrise führte. Logisch und politisch großzügig ist dies nicht. Aber parteitaktisch mag „soll“ es sein.

Die neue Reichsregierung hat nun ihre Ämter übernommen und der neue Reichsinnenminister Defser, der früher schon preussischer Eisenbahnminister war und zur Zeit den Posten als Landeshauptmann der Provinz Sachsen bekleidet, wird von allen republikanischen Kreisen als Garantie dafür betrachtet, daß das neue Kabinett nicht eine zu rasche Schwenkung in der Wirtschafts- und Innenpolitik macht. Er war auch Jahre lang Redakteur an der „Frankfurter Zeitung“ und galt als eine ausgeprägte offene demokratische Persönlichkeit. Auch von Rosenbergs, der aus der alten Diplomatenschule hervorgeht — er ist erst 48 Jahre alt — hat sich im neuen Reich schon in Wien und Kopenhagen Verdienste erworben. Der Wechsel in den Ministerämtern zieht auch Verschleppungen nach sich. So ist Ministerialdirektor Müller, der Chef der Presseabteilung, früher einmal kurz am „Beobachter“ in Stuttgart, zurückgetreten und ebenso der Chef der Reichskanzlei Dr. Hemmer (Ztr.), der durch Dr. Hamann, den früheren bayerischen Handelsminister und Demokraten, ersetzt worden ist.

Am Freitag wird sich das neue Reichskabinett mit einer programmatischen Erklärung im Reichstag vorstellen, die auf der Reparationsnote fußen wird. Am Samstag kommen die Parteiführer zu Wort und schließlich wird ein Vertrauensvotum Annahme finden. Das Zwischenpiel des innerpolitischen Kampfes wird noch eine Zeit lang

weitergehen, bis die Reparationsfrage, die in ihrer ungeheuerlichen Schwere zur Lösung treibt, wieder zur innerpolitischen Eintracht mahnt. Das wird nach den Stimmen aus dem Ausland nur zu rasch erfolgen müssen, denn wir stehen vor Brüssel. Und fast hat es den Anschein, als ob in der Reparationsfrage zwischen Frankreich, England und Italien ein Ruchhandel abgeschlossen würde auf Kosten der deutschen Reparationen.

Vier Jahre französisch Elsaß-Lothringen.

Vier Jahre vollenden sich in diesen Tagen, seit die grande nation mit viel Pomp und gewaltigem Wortgetöse in Elsaß-Lothringens Hauptstadt Straßburg einzog: vier volle Jahre schon weht die französische Tricolore auf einem der deutschen Dome: auf Ermin von Steinbachs Münster. Wer einmal vom westlichen Hange des Schwarzwaldes, etwa in der Höhe von Kürnberg sein Auge nach Sonnenuntergang zu der Rheinebene schweifen ließ, dem erschien Straßburgs großes Gotteshaus wie eine zum Himmel gestreckte Hand, wie ein Wahr- und Barzeichen. Das Münster wird auch an diesem Tage den jubelnden Welschen ein ernstes Renetel sein, es wird einen stummen, aber schmerzhaften Mageruf allen denen ins Gewissen reden, die in schmerzlicher Tonart sich brüsten, der Revanche zum Triumphe verholfen zu haben. „Reue“ genug wird — so schreiben die „Leips. N. N.“ — von neuem der Ruf erklingen, der vor mehr denn drei Jahren aus Elsaß-Lothringens Munde über den Ozean nach dem Weißen Haus erscholl und sich an den Vierzehn-Punkte-Wilson mit diesen Worten wandte: „Wissen Sie, Herr Präsident, daß Elsaß-Lothringen auf eine mehr als tausendjährige Kultur zurückblickt; wissen Sie, daß die Bevölkerung von Paris kaum 10 000 Einwohner zählte, als höchste Kunst und Wissenschaft im Elsaß blühte? Können Sie sich erklären, warum die vor mehr als hundert Jahren nach Philadelphia ausgewanderten Elsaß-Lothringer noch bis zum heutigen Tage ihre Heimat Sprache, Sitten und Gebräuche beibehalten haben?“ Was haben die ungeschlittenen Proteste der Elsaß-Lothringer genützt, die flehentlich um die Erhaltung ihres Heimatlandes baten, die um das ihnen zugesicherte Selbstbestimmungsrecht schmähdlich gebracht worden sind? Was hat es genützt, daß man von elsässischer Seite aus, wer weiß wie oft, den Herren am Quai d'Orsay und denen am Bülkerbundsstraße klar machte, daß nur fünf Prozent der heimischen Bevölkerung französisch sprachen? Was hat es vermocht, darauf hinzuweisen, daß seit dem Jahre des „Friedens“-Schlusses die Bevölkerung um ein Zehntel sich verringert hat? Welche Antwort ist darauf gegeben worden, daß französische Industriezeitungen warnend darauf deuteten, daß die Industrie Elsaß-Lothringens im Niedergange begriffen? Halten wir fest, daß ein hoher französischer Beamter auf diese Beschwerdeschriften nichts erwiderte als die drei bedeutamen Worte: „Cette sale rassel!“ 78 000 Menschen dieser „dreißigen Rasse“, 78 000 Deutsche hat Frankreich seit 1918 des Landes verwiesen, 500 allein haben im August dieses Jahres über Rehl das Land verlassen müssen! Millionen an Privateigentum und Mobiliar hat Frankreich daraus „verdient“. Millionen sind ihm aus der Zwangsliquidation deutscher Werte zugeflossen! „Nieder mit dem Abscheulichen!“ das ist Deutschlands Motto in diesem vierjährigen Kampfe gegen das Deutsche gewesen. Mit den Ausweisungen wars nicht genug, nicht genug damit, daß man auch deutschen Lehrern und Geistlichen den Laufpaß über Nacht aufstellte. Denken wir auch daran, daß am 30. April dieses Jahres die deutsche Sprache aufhörte, Lehrgegenstand in den Schulen zu sein, denken wir auch daran, daß gerade vor drei Jahren Straßburgs Universität französisch wurde! — Fürchtbar, daß uns Reichsdeutschen die Hände gebunden sind, aber nicht ohnmächtig stehen wir diesen Tatsachen und diesem Treiben gegenüber: erinnern wir uns der Ausgestoßenen und der Vergerissenen und halten wir ihnen ein Dergleichen die Treue bis zu einem besseren Tage!

Die Lohnsteuerquelle.

Der Beschluß des Reichsrates zum Einkommensteuergesetz, nach dem für 1922 die Lohnsteuerquote auf 250 000 Mk. festgesetzt werden soll, entspricht bei weitem nicht den durch die Geldentwertung geschaffenen Verhältnissen. Es ist ja allgemein bekannt, daß die Einkommen aller Arbeitnehmer, für die diese Lohnsteuerquote in Frage kommt, nur mangelhaft der Geldentwertung angepaßt werden. Trotzdem sind im Durchschnitt die Löhne und Gehälter schon jetzt so, daß das Einkommen eines höher qualifizierten Arbeitnehmers für die letzten drei Monate schon über die

Hälfte der 250 000 Mk. ausmachen würde, so daß also bei Festsetzung dieser Summe doch nicht der Kreis von Arbeitnehmern umfaßt würde, der ursprünglich bei Schaffung des Lohnsteuergesetzes beabsichtigt war. Es liegt aber durchaus im Interesse der Allgemeinheit und auch im Interesse des Steuerfiskus, trotz des Rheinbaren Ausfalles, daß die Vereinfachung der Steuer, die durch den 10prozentigen Abzug geschaffen werden sollte, auch wirklich erreicht wird. Die Finanzämter bewältigen schon jetzt bei weitem nicht die ihnen durch Prüfung der Steuerunterlagen entstehende Arbeit; je umfangreicher der Kreis der Veranlagungspflichtigen wird, um so größer wird der Verwaltungsapparat. Ganz abgesehen davon, ist es aber eine sehr schwerwiegende Ungerechtigkeit, wenn die Kreise, die an sich schon als Stiefkinder der jetzigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands angesehen werden müssen, die höher qualifizierten Arbeitnehmer, auch bei der Steuerregelung benachteiligt werden. Durch eine zu ängstlich gezogene Grenze der Geltung des Lohnsteuergesetzes werden gerade diese Kreise unangenehm beunruhigt. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist deshalb an den Reichstag herangetreten mit dem Ersuchen, die für 1923 vorgesehenen Steuersätze, also 400 000 Mark, als Lohnsteuergrenze bereits für 1922 festzusetzen. Darüber hinaus verlangt der Gewerkschaftsbund der Angestellten immer wieder, eine fortlaufende Anpassung der Geldsätze an den veränderlichen Geldwert vorzunehmen, in demselben Sinne, wie es bei der Sozialversicherung schon jetzt geschieht. Die Reichsregierung soll ermächtigt werden, mit Zustimmung des Reichsrates und der Steueraussschüsse des Reichstages die in Frage kommenden Geldsätze des Einkommensteuergesetzes an Hand der amtlichen Indexziffer von Vierteljahr zu Vierteljahr zu ändern. Eine solche Regelung ist im Interesse der Allgemeinheit nur zu begrüßen.

Neues vom Tage.

Die Wechseltage des Reichstags.

Berlin, 23. Nov. Nach einem Beschluß des Vorkonvents des Reichstags wird sich das Kabinett am Freitag mittag 1 Uhr dem Reichstag vorstellen. Nach der Regierungserklärung, die ungefähr 45 Minuten in Anspruch nehmen wird, tritt eine zweistündige Pause ein, um dann mit der politischen Aussprache zu beginnen. Man hofft, diese Aussprache am Samstag zu Ende führen zu können, worauf dann eine Pause von 8 Tagen in den Arbeiten des Reichstags eintreten soll.

Der Reichshaushaltsplan.

Berlin, 23. Nov. Der Reichshaushaltsplan wird in diesen Tagen dem Kabinett vorgelegt und dann veröffentlicht werden. Wie die T. U. weiter hört, hat der Gesamthaushalt der Reichseisenbahnen Anfang des Jahres noch 100 Milliarden betragen, im Oktober 400 Milliarden und wird bis zur Stunde auf über eine Billion eingeschätzt. Eine Hauptursache dafür ist die Schwierigkeit der Kohlenbeschaffung. Die Reichsbahnen haben einen täglichen Kohlenbedarf von 40—50 000 Tonnen. 60 Prozent der Gesamtsumme des Etats entfallen auf die Kohlenbeschaffung. Infolge ungenügender Zuweisung inländischer Kohle ist die Reichsbahn gezwungen, zur Sicherung der Aufrechterhaltung ihres Betriebs ausländische Kohle in großem Umfang zu beziehen.

Reparationskommission und Reichsregierung.

Paris, 23. Nov. Die Reparationskommission wird nach Bildung des Ministeriums Cuno die Frage erörtern, ob der neue Reichskanzler die Vorschläge seines Vorgängers „recht erhalten wird. In diesem Fall werde H. Temps“ die Reparationskommission unverzüglich die begonnenen Verhandlungen über die der deutschen Regierung zu erklende Antwort auf ihre beiden Noten wieder aufnehmen.

General Ludendorffs Kriegsziele.

München, 23. Nov. General Ludendorff veröffentlicht eine Erklärung, die sich mit den Verhandlungen vor dem Untersuchungsamt beschäftigt, in denen von dem „doppelten Gesicht des Feldherrn“ gesprochen und behauptet wurde, er (Ludendorff) hätte noch außer hin aus verschiedenen Gründen andere Kriegsziele verfolgt, als er zu erreichen für möglich angesehen hätte, und wäre friedensbereiter gewesen, als er den Anschein erweckt hätte. Hierzu stellt Ludendorff u. a. fest, daß er stets mit einem für den Feind billigen und für uns bescheidenen Frieden einverstanden, falls er erreichbar war; er habe aber bei der Einstellung der Feinde an diese Möglichkeit und an die eines „Ber. Andriannofriedens“ nicht geglaubt.

Solange der Frieden nicht da war, mußten wir auf Sieg kämpfen, und der war möglich. Im September 1917 sollte England, nach Mitteilung des Reichslandlers, friedenswillig geworden sein. Er habe die entsprechende Mitteilung aufs freudigste begrüßt, wenn auch mit Zweifel. Unter den gegebenen Verhältnissen in einem Friedensschluß unser Festhalten an der flandrischen Küste erreichen zu wollen, habe er gleichbedeutend mit der Scheitern des etwaigen Friedensschrittes gehalten und solche Ziele abgelehnt. Wohl aber habe er ein Festhalten an der Maas bei Lüttich zu erreichen für denkbar gehalten.

Im Kronrat am 11. September 1917 habe sich indes der Kaiser gegen den Vorschlag eines Festhaltens an der Maas ausgesprochen und dem Staatssekretär von Kühnemann die Vollmacht gegeben, Belgien die Unversehrtheit und die Souveränität zuzugestehen, falls der Frieden noch 1917 geschlossen würde. Im übrigen habe der Staatssekretär freie Bahn für seine Festhaltung erhalten. Die Entscheidung Sr. Majestät sei für die Oberste Heeresleitung bindend gewesen. Die Oberste Heeresleitung hätte es als einen Fehler angesehen, wenn eine Erklärung über Belgien unter Berufung auf ihr Einverständnis öffentlich gegeben wäre, da der Feind hieraus für sich günstige Schlüsse ziehen mußte. Daß bei dieser Gesamtlage der Krieg mit aller Energie fortzusetzen war und ununterbrochen fortgesetzt wurde, sei klar.

„Das große Problem des Augenblicks.“

London, 23. Nov. Der englische Bankier Goodenough, der Präsident der Barclays Bank, hielt vor der Handelskammer von Norwich eine Rede über das Reparationsproblem. Er erklärte, die Regelung der Reparationsfrage sei das große Problem des Augenblicks. Es sei von dringender Wichtigkeit für Europa und die gesamte Welt. Goodenough legte besonderen Nachdruck auf die folgenden Punkte, die ihm von hervorragender Bedeutung erschienen:

1. Sofortige Zustimmung Deutschlands zu dem Plan, der den Ausgleich des deutschen Budgets und die Stabilisierung der deutschen Währung bezweckt.

2. Die unverzügliche Ernennung eines Ueberwachungsausschusses mit deutscher Zustimmung, um die Alliierten zu überzeugen, daß von Deutschland jede Anstrengung gemacht wird, um die erfolgreiche Durchführung eines solchen Planes sicherzustellen.

3. Die Zustimmung zu dem von Deutschland gegenwärtig zu zahlenden Betrage in der Höhe der Summe, die bereits von der Reparationskommission festgesetzt wurde.

4. Die Gewährung eines Moratoriums, das nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt ist; jedoch müßten die Alliierten befugt sein, jederzeit ein solches Moratorium zu beenden, falls der Ueberwachungsausschuß berichten sollte, daß er von der Leistung Deutschlands nicht voll befriedigt sei.

5. Die Ausgabe deutscher Obligationen, wenn der Ueberwachungsausschuß der Ansicht ist, daß die Finanzen Deutschlands einen solchen Schritt rechtfertigen und die Unterzeichner gefunden werden können, die bereit sind, solche Obligationen zu übernehmen.

London, 23. Nov. Bei Behandlung der Rede Goodenoughs über die Reparationsfrage schreibt die „Times“, es bestehe allgemeine Uebereinstimmung, daß ein Moratorium unbedingt notwendig sei. Die Alliierten seien nur verschiedener Ansicht über die Bedingungen, unter denen ein Moratorium gewährt werden soll. Großbritannien, Belgien und Italien treten für die Ernennung eines Ueberwachungsausschusses ein, Frankreich wünsche jedoch eine direkte Kontrolle über die deutschen Finanzen. — „Daily Chronicle“ sagt, es sei jetzt an der Zeit, bevor neue französische Ansprüche eine neue Krise hervorrufen, zu einer Vereinbarung mit den Franzosen zu gelangen und ein Uebereinkommen aller Alliierten mit Deutschland zu erzielen. Der Hauptpunkt in dem die Wirtschaftler und Bankiers über-

eintrifften, sei, daß Deutschland Reparationen zahlen könne und müsse und daß es dies jedoch nur tun könne, wenn die deutschen Finanzen unter starkerer Kontrolle energisch in Behandlungen genommen werden. Dies sei die Anstrengung, die Deutschland machen müsse.

Paris, 23. Nov. Der „Temps“ bestreitet die Haftung von Goodenough, daß mangels einer Einigung mit Deutschland ein wirtschaftlicher Zusammenbruch Europas unvermeidlich sei. Es würde vielmehr durch das Vorgehen der französischen Regierung und der Ententemächte dann immer noch möglich sein, die Interessen der Staatsangehörigen zu wahren und mehr als das, sogar große Teile der Katastrophe zu entreißen. Deutschlands Sache sei es, einen Sanierungsplan auszuarbeiten und von der Entente prüfen zu lassen. Wenn die neue deutsche Regierung ein Programm für die finanzielle Ordnung und die Zahlungen Deutschlands habe, möge sie es vorlegen. Wenn nicht, werden die alliierten Völker, jede für sich, sich bezahlt machen und Frankreich werde sich zu diesem Zweck an die deutschen Reichtümer halten, die es in seiner Hand, oder mindestens in Reichweite vor sich habe.

Eine Großdeutsche Arbeiterpartei.

Berlin, 23. Nov. In Berlin ist am Montag eine Großdeutsche Arbeiterpartei gegründet worden. Zum Vorsitzenden wurde Paul Hocke-Potsdam gewählt. Die aus den Sitzungen hervorgeht, will die Partei, deren Sitz Berlin ist, eine völkische Partei sein. Mitglied kann jeder sittlich einwandfreie Deutschstämmige werden. Die Partei fordert den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker zu einem Großdeutschland, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und Saint Germain sowie Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes. Inner- und wirtschaftspolitisch fordert die Partei Bekämpfung der korruptierenden Parliamentswirtschaft, Abschaffung des Arbeitslosen-Einkommens, Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, Schaffung eines gesunden Mittelstandes, Todesstrafe gegen Wucherer und Schieber, Bildung eines Volksheeres, Schaffung einer deutschen Presse, Freiheit aller religiösen Bekenntnisse und Bekämpfung des Neuliberalen materialistischen Geistes.

Besprechungen über einen Balkanbund?

Lausanne, 23. Nov. Viel bemerkt wurde in Lausanne die längere Besprechung zwischen den Delegierten Bulgariens, Rumaniens, Jugoslawiens und Griechenlands. Diese zwischen den vier Balkanstaaten begonnenen Verhandlungen werden allgemein mit der Absicht einer Gründung eines Balkanbundes in Zusammenhang gebracht. Welcher großen Wert besonders Bulgarien auf das Zustandekommen eines solchen Balkanbundes legt, geht daraus hervor, daß es sowohl seinen Pariser wie seinen Londoner Gesandten zu den Besprechungen hinzugezogen hat.

Die Friedenskonferenz und die Orientfrage.

Lausanne, 23. Nov. Die Lage auf der Friedenskonferenz hat sich am Donnerstag verschärft, da die Türkei auf ihren Forderungen beharren und die Balkanstaaten und Italien gegen sie auftreten. Ismet Pascha soll bereits mit der Abreise gedroht haben, auf der andern Seite wird ein Ultimatum an die Türken erzwungen.

London, 23. Nov. Wie die Blätter aus Konstantinopel melden, kündigt die türkische Regierung in einem Aufruf an, die Dardanellen unterhänden von jetzt an der Kontrolle der Regierung von Angora. Der türkische Befehlshaber in Konstantinopel veröffentlicht eine Bekanntmachung, in der das Tragen von Waffen und die Behinderung des Telefon- und des Telegraphenverkehrs verboten werden.

Die Lausanner Friedenskonferenz.

Lausanne, 23. Nov. Ueber die Friedenskonferenz wurde folgendes amtliche Communiqué ausgeben: „Der Ausschuss für die territorialen und die militärischen Fragen hielt seine erste Sitzung ab. Er begann mit der Prüfung der europäischen Grenze der Türkei. Ismed Pascha forderte im Namen der türkischen Abordnung für die Türkei die Grenze von 1913, indem er die Gründe für diese Forderung darlegte. Er verlangte eine Volksabstimmung in Westthrazien. Auf Antrag des Präsidenten erklärte Ismed Pascha, daß er später die notwendigen genauen Angaben über die Grenze Westthraziens machen werde. Benizelos legte dar, warum die griechische Abordnung nur die Grenze von 1915 annehmen könne. Darum sei sie der Ansicht, daß die westthrazische Frage auf der Konferenz nicht gestellt werden dürfe. Rintschitsch, Ministerpräsident des serbisch-kroatisch-slowenischen Königreichs, appellierte an den verständlichen Geist der Abordnungen und bekämpfte den Plan der Volksabstimmung in Westthrazien und jede andere Abänderung des Vertrags von Neuilly. Duca-Rumänien schloß sich den Erklärungen Rintschitschs an. Die bulgarischen Delegierten wurden über die Frage des wirtschaftlichen Zuganges Bulgariens zum Ägäischen Meer vernommen.“

Ein Trostbrief an Clemenceau.

Paris, 23. Nov. Clemenceau hat in Neuchor einen Brief erhalten, der ihn mit dem Tode bedroht und mit den Worten schließt: Hüten Sie sich, so viel über unser Land und über Deutschland zu sagen. Der Brief ist unterzeichnet von einem Veteran des großen Krieges. Die Behörden wurden davon verständigt. Die Polizeibehörden, die mit dem Schuy Clemenceaus betraut sind, wurden verdoppelt.

Wie sie uns ansaugen.

In Verfolg der bisherigen Veröffentlichungen über deutsche Leistungen aus dem Versailler Friedensdiktat gibt die „D. Allg. Ztg.“ weitere ungeheuerliche Summen in Goldmark bekannt. Es betragen bis zum 1. Juni 1922:

Interne Besetzungsschäden	} 1 036 500 000
Auslandsschäden	
Kolonialschäden	
Berlust der deutschen Ansprüche an unsere Kriegsverbündete	7 000 000 000
Deutsches liquidiertes Eigentum im Ausland	11 700 000 000
Goldmark 19 736 500 000	

Dazu Sach- und Barleistungen Goldmark 18 506 470 000

Insgesamt: Goldmark 38 242 970 000

Zum letzten amtlichen Dollarmittelkurs in Berlin umgerechnet, stellt diese Schlusssumme den ungeheuren Betrag von 6 3 751 Milliarden Papiermark dar.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Nov. Der Reichstag behandelte in einer zweistündigen Abend Sitzung am Donnerstag wieder die Geschäftsordnung, wobei u. a. Anträge Annahme fanden, daß zur Einreichung einer kleinen Anfrage 15 und zu einer Interpellation 30 Unterschriften nötig sind. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Erklärung der neuen Reichsregierung.

Sie erfahren Alles

was für Sie von Wichtigkeit ist, wenn Sie die **Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“** bestellen.

Leserbrief.

Handle so, wie Du kannst wollen, Daß auch andre handeln sollen. **Hohenstein.**

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Viebig. (Nachdruck verboten.)

(80)

„Agnes, überlege, ich will dich nicht drängen. Es kann dir unmöglich wünschenswert sein, mich zu halten. Ich liebe eine andere, hörst du, eine andere! Weist du, was das heißt?“ Unsanft drückte er ihre Hand. „Eine andere! Laß mich frei!“

Ein Zittern überließ ihre Gestalt, es war, als wollte sie ihre Hand aus der seinen reißen, aber die Finger glitten nur leicht zurück. „Ich weiß, daß du Anselma von Koch — Frau Anheim, verbesserte sie sich — liebst. Ich kann das wohl begreifen. Nur das begreife ich nicht: du kannst sie so lange wie mich, warum hast du sie nicht gleich gewährt? Du warst zu Haus so viel mit ihr zusammen, ihr habt getanzt, ihr rittet aus, sie war immer schön — warum jetzt erst?“ Ihre Augen sahen ihn traurig fragend an. „Als du sie lieben durftest, warum hast du sie da nicht geliebt?“ Sie sah so unschuldig aus, es war eine rührende Klage in ihrer Stimme. „Warum nicht, als du sie lieben durftest?“

Er lachte schneidend auf. „Als ob man dann liebte, wenn's gerade gefattet ist! Gerade was man nicht haben darf, reizt! Daß sie dem andern gehört, der sich mit ihr groß macht — dies stolze göttliche Weib — daß man zu sehen muß — ha —!“ Wie ein wildes Tier rannte er auf und ab. „Was weißt du von Leidenschaft?! Oh, diese Madonna-Geschichte, man langweilt sich tot!“ Fast roh schrie er sie an: „Ich habe dich längst betrogen, habe es gemacht, wie's alle machen. Aber jetzt will ich frei sein, hörst du, laß dich scheiden — gegenseitige Abneigung, ganz leicht — hörst du, scheiden!“

„Rein — nie!“

Wer hätte der ganzen Stimme diese Festigkeit zuge-
traut, der kleinen Gestalt diese Haltung? Sie stand am Tisch in dem schwarzen farblosen Kleide, die Hand auf

die Wange gestemmt. Langsam, aber fest fielen die Worte mit metallischem Klang. „Ich lasse mich nicht scheiden. Ich will nicht! Felicitas soll nicht das Kind geschiedener Eltern sein; ein Mafel wäre auch an ihr. Das Kind liebt dich — viel mehr als mich“, sagte sie leiser, mit zuckenden Lippen hinzu. „Es würde nach dir jammern. Und ich kann und will es dir nicht lassen, selbst wenn du es haben wolltest; es darf nicht werden wie du. Ich mache dir keinen Bortwurf, ich glaube, du kannst nicht anders sein.“ Sie senkte den Kopf. „Ich verstehe ja auch so vieles nicht — aber ich lasse mich nicht scheiden!“

„Also mit Gewalt hältst du mich?“ Seine Stimme schlug in Höhen über. „Das also ist die gepriesene Weiblichkeit?! Frauenwürde — ha ha!“

Eine tiefe Röte stieg ihr ins Gesicht. „Ich halte dich nicht für mich, ich halte dich für das Kind. Denk an Felicitas!“ Eine unerbittliche Bitte lag in ihrem Ton, sie streckte stehend die Hände aus. „Unser armes Kind!“

„Laß mich!“ Er wehrte sie ab, und dann packte er sie bei beiden Handgelenken, die zarten Arme röteten sich unter seinem heftigen Druck. „Laß dich scheiden — du willst nicht? Es gibt ein Unglück — du — du!“ Er rüttelte sie in sinnloser Wut, daß sie hin und her schwankte, dann ließ er sie plötzlich los; zurücktaumelnd wäre er fast gestürzt. Und dann warf er sich mit einem dumpfen Stöhnen auf den Stuhl am Tisch, das Gesicht in den Händen verbergend.

Sie stand noch am selben Platz, wohin seine Hand sie geschleudert hatte, mechanisch rieb sie die dunkelroten Abdrücke der kräftigen Finger an ihren Armen.

Jetzt klang seine Stimme wieder, aber anders; fast lassend sprach er: „Agnes, laß mich, ich bitte dich! Ich kann nicht sein ohne sie — es verzehrt mich, macht mich toll — geh zu deinen Eltern, du hast es da besser — beklage dich, höre meine Schuld aus — willige nur ein — willige ein!“ Er war außer sich.

„Rein!“ Jetzt stand sie neben ihm und bläute ihm nieder. „Er sah nicht den Ausdruck tödlichen Schmerzes, mit dem sie dann die Augen schloß und nach Atem rang. „Ich gehe nicht zu meinen Eltern, ich beklage mich nicht. Hier ist mein Platz. Innerlich sind wir von einander geschieden, vor der Welt bleibe ich deine Frau. Für Felicitas trau ich alles!“ Eine große Energie lag in ihren

Worten; sie stand wankend am Tisch, ihre Knie trugen sie kaum, aber die Stimme war fest.

Berührt sah er auf — war das seine Frau? Ihre Blide trafen sich; ernst und traurig, ohne mit der Wimper zu zucken, sahen ihn die braunen Augen an. Mit einem schmerzlichen Lächeln nickte sie leicht. „Ich bin dir überlästig, schon lange, dein bißchen Liebe war rasch verfliegen. Aber jetzt hast du Blickeiten. Ach“ — sie fuhr zusammen, der alte schwächliche Ausdruck breitete sich wieder über ihr Gesicht; es klang wie ein Hauch — „ich hatte dich früher so lieb!“

„Agnes!“ Er erschau vor dem zitternden Weib in ihrem Häßern, für einen Augenblick verlor die bedrückende Gestalt Anselmas; das arme Geschöpf in dem schlaf niederhängenden Kleid tat ihm unsäglich leid. Sein Herz zog sich zusammen. Rein, er war nicht schlecht, eine wilde Wut gegen sich selbst überkam ihn. Er schlug sich mit der geballten Faust vor die Stirn. „Ich elender Kerl!“

„Armer“, sagte sie leise. „Arme Frau!“ Man wußte nicht, meinte sie jene oder sich selber. Wie ein Geist glitt sie hinaus und zog geräuschlos die Tür hinter sich zu; draußen lehnte sie sich an die Wand und brach in hilfloses Weinen aus. Da war niemand, zu dem sie flüchten konnte. Doch — Weida!

Fortsetzung folgt.

Rißverständnis.

„Wegen diesen schrecklichen Husten müssen Sie unbedingt etwas tun!“

„Ich habe gestern aberd zehn Glas Mithwein getrunken!“

„Richt äbel! Aber das genügt nicht!“

„Ja, mehr kann ich nicht vertragen!“

Boshafte Folgerung.

„Warum hast du mit deiner Braut gebrochen?“

„Ihrer ordinären Herkunft wegen; der Vater ist ein Mensch mit Hausrechtsmanieren!“

„Er hat dich wohl rausgeschmissen?“

Aus Stadt und Land.

Allensteig, 24. November 1929.

* Eine 150%ige Gütertariferhöhung der Eisenbahn.

Die Reichsbahn erhöht zum 1. Dezember die Güter- und Frachtarife um 150 Proz., die Personentarife um 100 Proz. Weitere Erhöhungen der Personentarife und zwar unter schärferer Heranziehung der höheren Klassen sind zum 1. Jan. zu erwarten.

(Kagold, 23. Nov. (Gemeinderat.) Zu Beginn der Verhandlungen wird Stellung genommen zur Frage der Ausgestaltung des Soldatenfriedhofs. Angesichts der Schwierigkeiten der Materialbeschaffung für Steinzeug wird beschlossen, auch weiterhin für eine würdige Instandhaltung dieser Gräber zu sorgen, aber die Einfriedigungsarbeiten und Planierungen zurückzustellen. Bängere Erweiterungen veranlaßt die Frage der Neuverfesterung der städtischen Gebäude und deren Mobiliar. Endlich einigte man sich dahin, besonders gefährdete Gebäude mit dem höchstmöglichen Sachwert abzugeben, die anderen mit dem 200fachen Betrag zu versichern. Bei dem kommenden Stockholperkauf sollen nicht mehr als 4 Km. an einem Interessenten abgegeben werden. Lernmittelausschaffungen für die Frauenerwerbschule werden genehmigt. Die Verzugssinsen von Holzschuldnern werden künftig dahin geregelt, daß der jeweilige Reichsbankdiskont, zusätzlich 2% erhoben werden soll. Die neuen Tarife der Entlohnung der Waldarbeiter und Stadttagelöhner werden besprochen. Am 13. November gelten die neuen Lohnsätze. Ebenso werden die Gehälter der städtischen Beamten dem staatlichen Gehaltsmaßstab angepaßt. Zugestimmt wird dem Ankauf einer Kotterscheibe an Neßl für die hiesige Bevölkerung. Eine Reihe verschiedener kleinerer Fragen wird noch erledigt.

*** Freudenstadt, 22. Nov. (Verband für das Leichenschau- und Begräbniswesen.)** Heute fand im Gasthof zum „Dreikönig“ hier eine Bezirksversammlung des Verbandes für das Leichenschau- und Begräbniswesen Württembergs statt.

*** Oberhangen, 22. Nov. (Denkmalweihe.)** Am letzten Sonntag fand hier die Einweihung des Reiterdenkmals statt. Staatliche Tannin und prächtige Guitland schmückten den Denkmalplatz. Das von Bildhauer Käbler gefertigte Denkmal steht in der Mitte des Dorfes neben dem Gemeindebachhaus. Der Platz wurde von Gemeinderat Braun zum Anker an seinen gelassenen Sohn der Gemeinde überlassen. 9 Vereine und eine Abordnung von Calw waren zur Einweihung erschienen.

Stuttgart, 23. Nov. (Gesetz über die Ortsstraßen.) Das Staatsministerium hat den Entwurf eines Gesetzes festgesetzt, wonach das Reinigen, Begießen und Bestreuen der Ortsstraßen, sowie der Gassen und von Staatsstraßen und der vor bewohnten Gebäuden und an dazu gehörigen Hofräumen und Nebengebäuden gelegenen Außenstraßen dieser Straßen — neben der von den Begutachtungspflichtigen zu bewerkstellenden geordneten Unterhaltung — den Gemeinden obliegt, soweit ein polizeiliches Bedürfnis besteht und nicht auf Grund gesetzmäßiger Anordnungen der zuständigen Behörde ein Dritter einzutreten hat. Die bezeichneten Leistungen können durch Ortsbauaufsicht oder, soweit eine solche nicht besteht, durch ortsbahliche Vorschriften den Eigentümern oder Besitzern der an die öffentlichen Wege angrenzenden Gebäude und Grundstücke ganz oder teilweise aufgelegt werden. Der Gesetzentwurf ist dem Landtag bereits zugegangen.

Vom Finanzausschuß. Der Finanzausschuß des Landtags erledigt das Kapitel des Kulturbau, das die Universität Tübingen behandelt und genehmigt die Forderungen. Kultminister Dr. Pieber teilte mit, daß die Darlehenshilfe für die Studentenschaft vom Reich einheitlich geregelt werden. Von Staatswegen werden Darlehen von 300 Mk. gewährt, was für Württemberg 1,8 Millionen Mark ausmacht.

Änderung des Gebäudebrandversicherungsgesetzes. Das Staatsministerium hat den Entwurf einer Änderung des Gebäudebrandversicherungsgesetzes festgesetzt, die die Möglichkeit schaffen soll, die Versicherungsbeiträge für die Gebäude mit höherer Brandgefahr zu verdoppeln und in außerordentlichen Fällen zur Deckung der Gebäudebrandversicherungsanstalt obliegenden Leistungen auch während des laufenden Jahres Nachumlagen anzuordnen.

Große Sammlung für die Notleidenden. Unter Zustimmung der Vertreter der württ. Regierung und des Landtags wird in den kommenden Wochen eine große Sammlung zugunsten des notleidenden Mittelstandes und der übrigen bedürftigen Kreise, wie z. B. der alten Leute des Arbeiterstandes, die keine Sozialrente beziehen, durch die Zentralkommission für Wohltätigkeit in Württemberg veranstaltet werden. Die Woche vom 26. November bis 2. Dezember soll ganz unter dem Zeichen dieses großen Hilfswerks gestellt werden.

Verunglückt. Beim Rosenstein geriet ein Eisenbahnarbeiter unter die Maschine eines vorbeifahrenden Zuges. Dem Verunglückten wurde der Arm abgefahren; außerdem trug er Kopfverletzungen davon.

ep. Ein Hilfswerk des Evang. Volksbundes. Eine Reihe von Ortsgruppen des Evang. Volksbundes hat sich entschlossen, ein Hilfswerk zur Unterstützung der bedrängten Alten und Erwerbsunfähigen einzurichten. Die Mitglieder, die festen Gehalt haben und die im Erwerbsleben stehen, verpflichten sich bis auf weiteres zu einem monatlichen Beitrag in beliebiger Höhe. Die Beiträge werden von einem örtlichen Ausschuss verwaltet und monatlich verteilt. Auf diese Weise suchen diejenigen, die bisher von der Not bewahrt blieben, einer Ehrenpflicht gegenüber den hart Betroffenen nachzukommen.

— Eine große Brotpreissteigerung dürfte bevorstehen, da die Reichsgetreidestelle im Einvernehmen mit der Reichsregierung die Höchstpreise stark erhöhen wird. Das Roggenmehl steigt von 4000 auf 13 000 Mk., das Weizenmehl von 4250 auf 14 000 Mk., das Schrot in gleichem Ausmaß. Das muß natürlich eine gleichgroße Erhöhung der Brotpreise zur Folge haben, zumal da auch die sonstigen Unkosten der Bäcker inzwischen gestiegen sind. Der 2 Pfundlaib Markenbrot muß ab 4. Dez. wohl auf 150—160 Mk., also das Dreifache des jetzigen Preises, festgesetzt werden.

Zur Getreidemlage in Württemberg.

Anknüpfend an die Ermäßigung des auf Württemberg entfallenden Umlagezolls von 35 000 auf 22 000 Tonnen schreibt der „Staatsanzeiger“: Jede Hoffnung auf weitere Herabsetzung ist vergebens. Die Ernährungslage des deutschen Volkes läßt eine weitere Minderung der gesamten Umlage im Reich nicht zu. Die Ernährungslage macht aber auch die Einbringung der Umlage zu den vorgezeichneten Fristen zu einer unabsehbaren Notwendigkeit. Die herabgesetzte Umlage ist auf die Bezirke neu verteilt worden, die Unterverteilung auf die Gemeinden und die einzelnen Landwirte wird sich in den nächsten Tagen anschließen. Bei der Verteilung ist alles berücksichtigt, was auf die Leistungsfähigkeit einwirkt (Ernteverzögerung, Hagelschaden usw.) und alles ist vorgesehen, um eine gerechte Verteilung sicher zu stellen. In Uebereinstimmung mit dem Finanzausschuß des Landtags richtet die württ. Regierung an alle Landwirte die dringende Aufforderung, das angeforderte Getreide nunmehr frühzeitig zu liefern und den Behörden ihre schwere Aufgabe bei der Einbringung der Umlage zu erleichtern. Das Bewußtsein, an einem Werk mitzuhelfen, das bestimmt ist, dem deutschen Volke die Ueberwindung des schweren kommenden Winters zu ermöglichen, sollte jedem Landwirt das Opfer erleichtern, das Kraft eines verfassungsmäßig erlassenen Gesetzes von ihm gefordert wird.

Evang. Landeskirchenversammlung.

Stuttgart, 23. Nov. Nach weiterer Ansprache am Donnerstag über das staatliche Gesetz über die Kirchen nahm die Ev. Landeskirchenversammlung folgende Entschließung einstimmig an:

1. Der Versuch, die kirchlichen Zwecke in einem staatlichen Gesetz näher zu umschreiben und für alles, was nicht unter diese Begriffsbestimmung fällt, die Verwendung kirchlicher Steuermittel nur in beschränktem Maß zuzulassen, unterliegt entschieden Bedenken. Die Kirche muß selbst bestimmen dürfen, was ihre Zwecke sind, die sie mit ihren Mitteln erfüllen will und kann. Die Aufgaben der Kirche bleiben im Lauf der Zeiten nicht durchweg die gleichen und die Gegenüberstellung von kirchlichen und den sog. milden Zwecken ist weder geschichtlich noch sachlich begründet. Diese Unterscheidung sollte daher aus dem Entwurf entweder ganz oder mindestens für das Gebiet der Besteuerung entfernt werden.

2. Die in dem Entwurf in mancher Hinsicht, insbesondere bei Vollziehbarkeit der kirchlichen Steuerbeschlüsse und bei der Bestimmung über die Auskunftsspflicht der Kirchen, ängstlich festgehaltene Staatsaufsicht über die Kirchen sollte weiter abgebaut und gemäß dem Geist der Reichsverfassung und den Wünschen weiter Volkstreu die kirchliche Selbstverwaltung weiter ausgebaut werden.

3. Es ist zu begrüßen, daß bei Streitfragen zwischen kirchlichen und staatlichen Verwaltungsbehörden in verschiedenen Bestimmungen die Entscheidung durch einen unabhängigen Gerichtshof vorgehen ist. Dadurch wird eine sachliche Austragung derartiger Streitfragen gesichert und ein einträchtiges Zusammenarbeiten von Kirche und Staat am Wohl des Volkes gewährleistet. Auf gleiche Weise sollte jedoch eine Nachprüfung der Rechtsbehändigung staatlicher Verordnungen und Gesetze über kirchliche Fragen ermöglicht, und es sollte die Befugnis dieses Gerichtshofes so gestaltet werden, daß er auch für alle Zukunft zu dieser Aufgabe voll geeignet erscheint.

4. Die Ausbildung der künftigen Kirchendiener ist eine rein kirchliche Angelegenheit. Die Neuregelung der Verhältnisse der fünf evang. theol. Seminare sollte daher nicht, wie dies nach dem Entwurf beabsichtigt ist, auf spätere Zeit verschoben werden, sondern es sollte die Leitung und Verwaltung der Seminare demnach an die Kirche übergehen. Bezüglich der Leitung des evang. Religionsunterrichts an städtischen Schulen, auch an den höheren Schulen und an den Privatschulen, sind der ev. Oberkirchenbehörde innerhalb der Bestimmungen der staatlichen Schulgesetze dieselben Befugnisse gesetzlich zu sichern, wie auf katholischer Seite.

5. Das Inkrafttreten der Bestimmungen über das Landeskirchensteuerrecht soll nach dem Entwurf einer Verordnung des Staatsministeriums vorbehalten werden und damit der zeitliche Beginn der Wirksamkeit dieser Bestimmungen noch völlig offen bleiben. Die Kirche braucht dringend weitere Mittel für neue kirchliche Bedürfnisse. Sie muß daher, da die Einstellung dieser Mittel in den Staatshaushaltsplan immer stärkeren Schwierigkeiten begegnet, den größten Wert darauf legen, sobald als möglich eigene Einnahmequellen zu erhalten. Ueberdies sollte die neue evang. Kirchenverfassung, die seit Juni 1920 verkündet ist, nunmehr sobald als möglich in vollem Umfang in Kraft treten können und nicht ein wesentl. Stück der kirchlichen Selbstverwaltung, das zugleich ein wichtiges Recht der kirchlichen Selbstverwaltung in sich schließt, die Bestimmung eines eigenen Landeskirchenhaushalts, einer unbestimmten Zukunft überlassen werden. Die Vorschriften über die Landeskirchensteuer sollte daher ausgleich mit dem übrigen Gesetz in Kraft treten.

Eine Entschließung zur Nitroholztage lautet: Die D.R.B. begrüßt es mit Freuden, daß die Jugend selbst den Kampf gegen den neu erstarkten Alkoholismus aufgenommen hat; sie wünscht, daß seitens des Staates die nötigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, um wenigstens die Kinder und die Jugendlichen gegen diesen gerade für sie gesundheitlich und sittlich besonders verderblichen Feind zu schützen. Die D.R.B. erklärt, daß die Kirche gerne bereit ist, den Staat in diesem Kampf mit ihren Mitteln und soweit ihr Einfluß reicht, aufs kräftigste zu unterstützen.

Darauf wurde die D.R.B. wieder auf unbestimmte Zeit vertagt.

Buntes Allerlei.

Deutschlands neuer Seeverkehr. Ein kleiner deutscher Dampfer mit Zucker, Schuhwaren und Nähmaschinen ist in Entsetzt eingetroffen. Es ist dies das erste Schiff, das von Hamburg aus direkt nach dem Kaspiischen Meer gefahren ist. Es hat folgenden Weg genommen: Kaiser-Wilhelm-Kanal, Ostsee, Petersburg und von dort durch den Kanal zur Wolga.

Zwangssch. bei den Türken. Der Nationalversammlung in Angora liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Zwangssch. vom 25. Lebensjahr für Männer vorzieht. Mit 18 Jahren ist man heiratsberechtigt. Wer sich nach dem 25. Lebensjahr weigert, eine Ehe zu schließen, kann kein öffentliches Amt bekleiden, nicht Beamter werden und nicht Privatbeamter und wird im Notfall auf $\frac{1}{2}$ seines Einkommens gesetzt. Die 50-jährigen Ehemänner können eine zweite Frau nehmen, wenn sie die Mittel für den Unterhalt haben.

Schaufenstereindrücke. In den letzten Tagen wurden in München im Stadtmuseum nachts Schaufenstereindrücke veräußert, bei denen Gegenstände im Werte von über fünf Millionen Mk. verwendet wurden.

Erhöhung der Beamtenbezüge. Wie bereits kurz gemeldet, haben die Befolgsungsverhandlungen zwischen der Regierung und den Spitzenorganisationen der Beamten das Ergebnis gehabt, daß ab 16. November der prozentuale Teuerungszuschlag zu Grundgehalt, Ortszuschlag und Kinderzuschlag verdoppelt wird. Damit erhöhen sich die Gesamtbezüge der Beamten ab 16. Nov. um 48 Prozent. In der Verhandlung wurde den Organisationen zugesagt, daß eine Regelung der Sonderzulagen für Beamte in besonders teuren Orten möglichst bald erfolgen soll. Augenblicklich erhalten Beamte etwa in 44 großen Städten einen 10prozentigen örtlichen Sonderzuschlag zu Grundgehalt, Ortszuschlag und den Kinderzulagen. Die Organisationen sind mit der prozentualen örtlichen Sonderzulage nicht einverstanden, umso mehr als die Arbeiterschaft in besonders teuren Orten durch eine entsprechende Erhöhung des Stundenlohnes in dieser Hinsicht weit besser gestellt ist.

150 Bauen für die französische Rheinlandsbefestigung. Das Reich hat die Herstellung von weiteren 150 Bauen für die französische Befestigung im Rheinland genehmigt, und zwar sollen sofort 30 Wohnungen für Offiziere und 120 für Unteroffiziere in Angriff genommen werden.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Donnerstag in Frankfurt 6421,40 G., 6453,60 Br., in Berlin aber nur 6271,78 G. und 6303,22 Br.

- 1 Schweizer Franken = 1182 G., 1188 Br.
- 1 französischer Franken = 454,85 G., 457,15 Br.
- 1 belgischer Franken = 418,95 G., 421,05 Br.
- 1 holländ. Gulden = 2501,25 G., 2513,75 Br.
- 1 italienischer Lira = 296,25 G., 297,75 Br.
- 1 Pfund Sterling = 28 428,75 G., 28 571,25 Br.
- 100 österreichische Kronen = 9,08 G., 9,12 Br.
- 1 tschechische Krone = 203,50 G., 204,50 Br.
- 1 dänische Krone = 1266,82 G., 1273,18 Br.
- 1 schwedische Krone = 1705,75 G., 1714,25 Br.

Stuttgarter Börse, 23. Nov. Die Kaufkraft für Effekten hält unermindert an. Im Freiverkehr war das Geschäft gleich lebhaft wie gestern, ebenfalls bei steigenden Kursen. Am offiziellen Markt waren Bankaktien uneinheitlich. Bankaktien + 25, Vereinsbank — 9, Hypothekbank — 20. Spinnereien wenig verändert. Kammergarn Vierzehntel + 500, Koll und Schüle + 50, Kotttern — 50, Spinnerei Eßlingen + 150, Ber. Ritz + 400. Für Brauereien bestand wenig Interesse. Kettenmeier — 20, Wulle + 50. Der Maschinen- und Metallmarkt war ausgesprochen fest. Daimler + 65, Feinmechanik + 300 (10 200), Matthias Dohner + 200, Junghans — 25, Ehlinger Maschinen + 150, Hesser Maschinen + 100, Maschinensabrik Weingarten + 75, Redarsulmer + 150. Auch die übrigen Werte hatten meist Kursaufschläge zu verzeichnen. Anilin + 180, Zement Heidelberg + 180, Deutsche Verlag + 100, Krumm + 10, Stuttgarter Walz + 100, Sekt Wachenheim + 500, Stuttgarter Bäckermühle + 250, Stuttgarter Zucker + 100. Im Freiverkehr: Ebinger Tritot 250, Fichtelgold 760 bis 820, Weislinger Maschinen 850—710, junge 550 bis 540, Germania Vinoleum 8300—9000, Feilbronner Zucker 4800—4725, Wöflinger Zement 720 bis 880, Lauffener Zement 1950—1925, junge 1700—1725, Raficus 1825—1290, junge 1335—1000, Steigerauto 870, Ufa 1950—1870.

Stuttgart, 23. Nov. Dem heutigen Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 337 Ochsen, 43 Bullen, 348 Jungbullen, 369 Jungrinder, 828 Kühe, 514 Kälber, 611 Schweine, 226 Schafe und 1 Ziege, die sämtlich verkauft wurden. Verlauf des Marktes: bei Großvieh und Kälbern mäßig belebt, bei Schweinen langsam. Erloß wurde aus 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 21—22 000, zweite 14 500—19 000, Bullen erste 18—19 000, zweite 14—17 000, Jungrinder erste 21 000—22 200, zweite 17 500—20 000, dritte 14 500—17 000, Kühe erste 15—17 500, zweite 11 000—14 800, dritte 7000—9500, Kälber erste 27—28 000, zweite 24 000—26 400, dritte 20 500—23 000, Schweine erste 43—44 000, zweite 38—41 000, dritte 30—30 500 Mk.

Öffentlicher Sprechsaal.

(Dieser Sprechsaal übernimmt die Redaktion
rechtlich Verantwortlichkeit.)
Anfrage nach Simmersfeld.
... es, daß die hiesige Gemeindegasse stillschweigend
an den selbigen Pächter wieder verpachtet wurde?
Ein Bürger.

Letzte Nachrichten.

Die neue Regierung.

WTB. Berlin, 24. Nov. Unmittelbar nach Eröffnung
der heutigen Reichstags-Sitzung wird Reichskanzler Dr. Cuno
die Regierungserklärung abgeben.

In Erkenntnis ihrer schwierigen Lage wird die neue Re-
gierung, wie der „Vorwärts“ wissen will, auf ein positives
Vertrauensvotum verzichten. Sie wolle sich mit einer Billi-
gungsformel begnügen, die das Wort „Vertrauen“ nicht
enthalte und die auch der Sozialdemokratie eine Zustimmung
ermöglichen solle. Es ist dem gleichen Blatt zufolge sicher,
daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, einer positiven
Vertrauensformel zuzustimmen.

Der Ministerwechsel im Reichswirtschaftsministerium.

WTB. Berlin, 23. Nov. Der Ministerwechsel im Reichs-
wirtschaftsministerium hat sich heute Vormittag in beider-
seitigen längeren Aussprachen des scheidenden Ministers
Schmidt und des neuen Ministers Dr. Becker-Hessens voll-
zogen. Die Aussprachen, die dem schwierigen Aufgabenkreis
des Ministeriums in der Vergangenheit und in der Gegen-
wart gerecht wurden, bewegten sich in beiden Fällen in ern-
sten und achtungsvollen Formen.

Der neue Minister rief den versammelten Beamten und
Angestellten des Ministeriums zu, er werde nicht auf
parteiliche Ansichten, sondern nur auf
Arbeitswille und Arbeitsleistung sehen, und
hat, ihm mit dem gleichen Vertrauen entgegenzukommen, das
er den Beamten entgegenbringe.

Altensteig.

- la **Margarine**
in verschiedenen Preislagen
- la **Bitello** (bester Butter-Ertrag)
- la **Butterschmalz**
(Schmelzmargarine)
- la **Palmbutter Bizona**
in 1 Pfund Tafeln
- la **Amer. Schmalz**
aus frischen Sendungen
zu billigsten Tagespreisen.

Chr. Burghard jr.

Altensteig.

**Brückenwagen
Tafelwagen
Gewichte**

empfiehlt
PAUL BECK.

Zu kaufen gesucht

Rundholz u. Schnittwaren

in Tannen und Fichten.

Angeb. mit äußerstem Preis an

Senfried & Luz, Bad Teinach.



Aufgepaßt!

Schuhputz Nigrin
mit Garantieblatt
ist reine Terpentinölware,
ohne Ersatz.

Ginige Postabonnenten sind mit der Nachbezahlung
immer noch im Rückstand. Wir erinnern diese
nochmals an die nicht zu umgehende Nachbezahlung
von 200 M. für das Vierteljahr, oder bei
monatlichen Bezählern von 40 Mark für den
Monat November und bitten um Erledigung,
damit den Lesern weitere Unkosten erspart bleiben.

Die Parlamentsöffnung in England.

WTB. London, 24. Nov. Der König hat sich gestern
Mittag in Begleitung der Königin, von einer großen Men-
schenmenge begeistert begrüßt, zur Parlamentsöffnung nach
Westminster begeben. In der Thronrede des Königs
heißt es: Ich habe Sie zusammenberufen, damit die Geset-
gebung, die für die Verfassung Irlands notwendig ist, so-
gleich Ihrer Genehmigung unterbreitet werden kann. Die
Lage des Handels und der Industrie ist andauernd besorg-
niserregend. Die von der alten Regierung zur Besserung
der Lage vorbereiteten Maßnahmen werden aufs neue un-
tersucht. Sie werden ersucht, Maßnahmen zu ihrer Fort-
setzung und Ausdehnung zu ergreifen, ferner Maßnahmen
zur Sicherstellung einer Anleihe, entsprechend dem Plan des
Völkerbunds zur Wiederherstellung Oesterreichs. Ich hoffe,
daß die Bemühungen meiner Minister in Lausanne, die
dort mit Vertretern unserer Bundesgenossen zusammenkommen,
zu dem Ergebnis führen werden, daß der Frieden wieder-
hergestellt und die Bewohner der Gebiete, die noch jüngst
der Schaulplatz so schwerer Leiden waren, wieder in Sicher-
heit leben können.

WTB. London, 24. Nov. Die gestrige feierliche Er-
öffnung des Parlaments durch den König erfolgte mit dem
ganzen Glanz der Vorkriegszeit. Bemerkenswert war die
Aufmerksamkeit, mit der der deutsche Botschafter in
der Diplomatenloge von seinen verschiedenen Mitgliedern des
Hauses begrüßt wurde.

Zur Rede Clemenceaus.

WTB. Paris, 23. Nov. Nach einer Meldung der
„Chicago Tribune“ aus Washington hat Senator Borah
die Rede Clemenceaus in der New-Yorker Metropolitanoper
als beleidigend, als unerträglich und als jeder positiven
Note bar bezeichnet. Senator Hitchcock erklärte, die Rede
gefalle ihm nicht. Senator Lodge lehnte eine Neufassung ab.
Wilde Streiks.

WTB. Berlin, 24. Nov. Wie der „Deutschen W.
gemeinen Zeitung“ aus Krefeld gemeldet wird, sind in meh-
reren Städten des niederheinischen Gebiets in den größten
Betrieben wilde Streiks ausgebrochen, die von Anhängern
der kommunistischen Partei hervorgerufen wurden.

Ausweisungen Deutscher aus Polen.

WTB. Berlin, 24. Nov. Nach einer Meldung des
„Berliner Tageblatts“ bleiben die Deutschen-Ausweisungen
in Polen an der Tagesordnung. Eine deutsche Lehrerin,
die im Kreis Grauberg angestellt war, wurde mit nur 7 Täg.
Frift ausgewiesen. Dagegen erhielt ihre Schwester einen
Ausweisungsbefehl mit der Drohung, wenn sie nicht binnen
2 Tagen über der Grenze sei, werde sie verhaftet. Als
Grund wurde Wiedervergeltung für einen aus Deutschland
ausgewiesenen Arbeiter angegeben.

**Der König von Bulgarien von Räubern überfallen und
ausgeplündert.**

WTB. Berlin, 24. Nov. Ein Wiener Telegramm des
„Berliner Lokalanzeigers“ berichtet, daß König Boris von
Bulgarien bei einem Autoausflug ohne Begleitung in der
Nähe von Sofia von Räubern überfallen wurde. Nachdem
die Räuber den König völlig ausgeplündert hatten, ver-
schwanden sie.

Wettermaßliches Wetter.

Bei nur wenig veränderter Hochdrucklage wird das
wintertliche trockene, mäßig kalte Wetter auch am Sonntag
und Sonntag noch weiter anhalten. Nachts frostig.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolph Paul.
Druck und Verl. der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Altensteig-Stadt.

Zu verkaufen:
Gebrauchter, gut erhaltener

Leichenwagen.

Zu besichtigen im Redenge-
räude des Krankenhauses.
Schriftl. Angebote erbeten
bis 4. Dezember d. J.

Stadtschultheißenamt.

Nagold.
Löwen-Lichtspiele

Sonntag 2.30, 4.30
und 8.15 Uhr

Die Faust im Dunkeln

Detectiv-Drama
in 5 Akten

Sowie Beiprogramm.

la rein wollene
und halbwoollene

Wickelgamalchen

in verschiedenen Farben für
Erwachsene und die Jugend
(Taufels Markgamalchen) sind
in reicher Auswahl wieder
eingetroffen und empfiehlt
preiswert

Lorenz Luz jr.
Altensteig Telefon 46.

Eine gute

**Futter-
schneidmaschine**

sucht zu kaufen, wer? —
sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gestorbene.

Oberschmanndorf: Jakob Walz
M. S., 60 J.
Klosterreichenbach: Katharine
Gaiser, geb. Wast, 73 J.

Deckungskauf.

In einer Rechtsache bin ich beauftragt, an Stelle nicht
gelieferter

20-30 Raummeter Brennholz

Fichten, Tannen, Scheiter, Kugelein,

dieselbe Menge gleichen Holzes einzukaufen. Ich bitte um
umgehende Angebote mit Preisangabe frei Nagold

Rechtsanwalt Zeller, Nagold.

Hausfrauen

verwendet bei den hohen Preisen für Kaffeebohnen

Kaffeemischungen,

die außer Malz einen hohen Prozentsatz
Kaffeebohnen enthalten. In verschiedenen
Preislagen vorrätig in der

**Löwen-Drogerie
Nagold und Ebhausen.**

Biehverkauf.

Von Montag Vormittag 7 Uhr ab haben wir in
im Gashof s. Löwen in Calw
einen Transport schöne

**Milchkühe,
trächtige Kühe,**

sowie

schönes Jungvieh

zum Verkauf.

Rubin & Max Löwengart.

Alle

**Schulbücher
u. Schulartikel**

kauft man solid und preiswert in der

**W. Rieker'schen Buchhandlung
Altensteig.**